



Europa

Gotthardt: "EU-Regionalförderung muss einfach, planbar und regional verankert bleiben"

13. März 2025

MÜNCHEN Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt eröffnet in München die Konferenz des Transnationalen Netzwerks für die EU-Strukturfonds. Über 120 Experten für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) aus ganz Europa sowie Vertreter der EU-Kommission und der Bundesregierung kommen dabei zusammen, um praxisnahe Lösungen für eine effizientere und unbürokratischere EU-Regionalförderung zu erarbeiten.

Anlässlich der Veranstaltung sprach sich Gotthardt entschieden gegen Pläne der EU-Kommission aus, die Regionalförderung künftig stärker über die nationale Ebene zu steuern und an nationale Reformpläne zu koppeln. „Eine zentral gesteuerte Regionalpolitik ist ein Widerspruch in sich. Regionen müssen direkte Akteure bleiben – andernfalls drohen Verzögerungen, mehr Bürokratie und Fördervorgaben, die an den regionalen Bedarfen vorbeigehen. Zielführender sind frühzeitige und praxistaugliche Rahmenbedingungen für die kommende Förderperiode ab 2028. Regionen brauchen Planungssicherheit statt neuer Hürden und noch mehr Detailvorgaben.“

Die Konferenz, die am 13. und 14. März auf Einladung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums stattfindet, dient als Plattform für den Erfahrungsaustausch über einfachere Abrechnungsmechanismen und fällt in eine entscheidende Phase der Verhandlungen über den nächsten EU-Finanzrahmen.

Der EFRE bildet zusammen mit anderen Fonds den Kern der europäischen Kohäsionspolitik, die insbesondere schwächer entwickelten Regionen der EU nachhaltige Aufholprozesse ermöglichen will. In einem gesamteuropäischen Ansatz stellt sie allen Regionen der Fördermittel zur Verfügung, um in Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- oder Klimaschutz zu investieren. Bayern erhält dabei in der aktuellen Förderperiode 2021-2027 rund 577 Millionen Euro.

Ansprechpartner: Aaron Gottardi, stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 85/25



Staatssekretär Tobias Gotthardt (vierter von rechts) gemeinsam mit den Vertretern der EU-Kommission und der Organisatoren der Konferenz. Foto: StMWi